

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Königsstadt, Nr. 1078.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Schms, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.  
Postfachkonto Berlin 5386.

**Inhalt:** Der Reichstag und die Teuerung. — Menschenökonomie und Frauenarbeit. — Aus dem Leben der deutschen Textilarbeiter. — Aus der Textilindustrie. — Arbeitsverdienst und Kriegsunterstützung. — Teueres Schuhzeug. — Spiritus statt Speisefarbstoffen. — Die Werkschaffenfabrikation. — Soziales. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Verbandsanzeigen. — Beilage: Die Kriegsnotstandshilfe für erwerbslose Textilarbeiter in Bayern. — Vermischtes.

### Der Reichstag und die Teuerung.

Vor Wochen schon erscholl aus den Reihen des deutschen Volkes der Ruf nach sofortiger Einberufung des Reichstages, damit dieser dem schamlosen Lebensmittelwucher endlich schonungslos an den Krügen gehe. Die Regierung hat jenem Verlangen keine Folge gegeben und dies damit begründet, daß Maßnahmen zur Sicherung der Lebensmittel für die Allgemeinheit zur Durchführung gebracht würden, die es nötig machten, daß die Regierungsressorts, die damit beauftragt seien, jetzt nicht durch parlamentarische Arbeiten behindert werden. Nun ist es wohl richtig, daß in letzter Zeit die Regierung in der Bekämpfung des Lebensmittelwuchers etwas lebhafter geworden ist, aber die Befürchtung ist nach den bisherigen trüben Erfahrungen nur zu berechtigt, daß diese Lebhaftigkeit und Energie nicht nachhaltig genug sein wird, um die Kanäle des Wuchers vollständig zu verstopfen.

Wenn man berücksichtigt, daß der Graf Kossoth in seinem Artikel im „Tag“, betitelt: „Landwirt, werde hart!“, schreiben konnte, daß das erste Kriegsjahr für die landwirtschaftliche Bevölkerung ein recht gewinnbringendes gewesen sei, nicht infolge einer Preistreiberi, sondern weil ihr die Gewinne von der Regierung „aufgedrungen“ wurden, so kann man es verstehen, daß das Volk nach dem Reichstag ruft. Der Reichstag hat während der vergangenen Kriegstagungen von der Regierung stets in eindringlicher Weise Fürsorgemaßnahmen zur Beschaffung preiswerter Lebensmittel gefordert. Leider hat er es auf Ersuchen vom Regierungsteil aus abgelehnt, selbst die nötige Organisation dazu zu schaffen. Bei der letzten Tagung im August war von sozialdemokratischer Seite ein solcher Organisationsbau beantragt worden. Der Reichstag aber lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab und überließ wiederum alles dem Gutdünken der Regierung; mit dem Erfolg, daß zur Empörung nahezu des ganzen Volkes die Wucherer wahre Orgien feiern konnten.

Am 4. August 1914 gab der Reichstag den Verbündeten Regierungen die Vollmacht, Höchstpreise für Waren festzusetzen. Natürlich gab er ihr diese Vollmacht zu dem Zweck, daß Höchstpreise festgesetzt werden sollten zur Verhinderung hoher Preise. Sieht man sich aber die bisherige Tätigkeit der Verbündeten Regierungen auf dem Gebiete der Höchstpreisfestsetzung an, so sieht man, daß die Höchstpreise immer erst festgesetzt wurden, wenn die Preise in die Höhe getrieben waren und dann in den meisten Fällen die Festsetzung von Höchstpreisen wirkte zur Erhaltung hoher Preise. Am klarsten trat diese Tatsache zutage bei dem Wucher mit Butter, Fett und Fettwaren. Auf einmal trat eine ungeheure Preistreiberi mit diesen Waren ein. Wir waren plötzlich in eine empfindlich fühlbar gewordene Fettwarenot hineingeraten. In wenigen Tagen kletterten die Preise um 50 bis 70 Proz. und mehr in die Höhe. Diese Wirkung zugunsten der Wucherei konnte nur erreicht werden, weil große Mengen solcher Waren von Wucherhänden zu Wucherzwecken festgehalten wurden. Alles staunte, war empört und blickte zur Regierung mit der Frage auf der Zunge: „Na, wird denn nun die Regierung diesem empörenden Zustande nicht endlich Einhalt tun?“ Aber, Gott bewahret! Die Regierung rührte sich nicht. Endlich schritten ein paar kommandierende Generale ein und setzten vorläufige Höchstpreise fest, um der weiteren Auswucherung des Volkes die Bügel nicht noch mehr schieben zu lassen.

Nun haben sich ja auch die Verbündeten Regierungen endlich an die Arbeit gemacht, sie haben u. a. Höchstpreise für Butter und später für Schweine und Schweinefleisch festgesetzt. Und obzwar die Höchstpreise für Schweinefleisch noch zu hoch sind, kann doch hier gesagt werden, daß die festgesetzten Höchstpreise beträchtlich niedriger sind wie die bisherigen Verkaufspreise. Rindfleisch von Schweinen kostete in Berlin vorher 3 Mk. pro Pfund, nachher nur 1,80 Mk. Dieser letztere Preis ist für Rindfleisch, das vor dem Kriege meist nie mehr wie 70 Pf. pro Pfund kostete, wie schon gesagt noch sehr, sehr hoch. Aber die Differenz zwischen dem festgesetzten Höchstpreis und dem früheren Verkaufspreise ist doch so gewaltig, daß ein Fall der Preise für alle Fettwaren die sichere Folge werden mußte. Und nun kamen plötzlich die dem Konsum entzogenen Fettwaren zum Vor-

schein. Denn jetzt drohte der durch die Zurückhaltung von Fett und Speck erhoffte Wuchergewinn in einen Verlust umzuschlagen, und da hofften die Spekulanten noch schnell zu retten, was gerettet werden könnte. Hier nur einige Beispiele von Angeboten aufgespeicherter Fettwaren.

Eine einzige Nummer der „Heinrich-Westfälischen Zeitung“ enthielt u. a. folgende Angebote:

**150 Zentner Prima Rücken-Speck**  
alles dicke Seiten von 40 Pfd., offeriert sehr preiswert ab Gelsenkirchen H.-B.  
**Wurstwarenfabrik W. Hartmann**  
Gelsenkirchen. Fernspr. 1905.

**Speck**  
100 Zentner Ia. ges. Bäuche, 15, 20 Pfd., kernige, gesunde Ware à 2,28 das Pfund ab Bielefeld (Westf.).  
**Albert Oberberg, Essen.** Fernspr. 4813 u. 3932.

**Speck**  
100 Zentner schnittl. Ia. Ware, zu fette, dicke, ausl. Mäden abzugeben.  
**Genrich Brucers, Essen.** Fernspr. 2022.  
**Plockwurst**  
100 Zentner schnittl. Ia. Ware, zu 190 Mk. pro Zentner abzugeben.  
**Joseph Brucers, Köln.** Burgmauer 18. Fernspr. A 4841.

**Speck, Schinken, Wurst**  
in Ladungen für Großabnehmer.  
**Gebr. Bolzau, Düsseldorf.** Fernsprecher 1435.

Ein Mannheimer Zigarrenfabrikant sah die Fettwarenspekulation für so gewinnbringend an, daß er sich die Verfügung über geradezu fabelhaft große Mengen dieser Waren sicherte. Seine Tagesofferten sahen Anfang November so aus:

8 Eisenbahnwagen Kunstspeisefett (die Preise verstehen sich für 100 Kilo) 278 Mk., 500 Zentner Hamburger Schlachthofschmalz 360 Mk., 200 Zentner Salatöl 214 Mk., 6 Eisenbahnwagen Kerzen 132 Mk., ferner 100 Zentner Petroleum.

Nach wenigen Tagen kann der gleiche Spekulant folgendes Angebot in Fett machen:

300 Zentner weißes Schmalz 358 Mk., 100 Zentner Hamburger Schlachthofschmalz 356 Mk., 8 Eisenbahnwagen Kunstspeisefett 305 Mk., 5 Eisenbahnwagen Pflanzenmargarine 210 Mk., 32 Kübel Kunstspeisefett 245 Mk., 45 Fässer Kunstspeisefett 300 Mk., 1 Eisenbahnwagen Kunstspeisefett 265 Mk., 90 Zentner Kofosbutter 245 Mk., 75 Zentner Rinderfett 278 Mk. für je 100 Kilo.

Und neben dem Zigarrenfabrikanten spekuliert der biedere Weingroßhändler Herr Jean Schwerfenz in Berlin-Wilmersdorf. Vor einiger Zeit erließ er in der Tagespresse folgendes Inserat:

200 Zentner Prima Speise-Olivenöl, 440 Zentner feinst. rein. Schweineschmalz, 470 Zentner prima Speisefett, alles prompt lieferbar, offeriert in ganzen und auch kleineren Posten. Alles hochfeine Qualitäten. Nur für Selbstreflektanten, Behörden, wirtschaftliche Verbände usw. Keine Wucherpreise. Man verlange Offerte. Jean Schwerfenz, Berlin-Wilmersdorf, Konstanzer Str. 56. Fernruf: Pfalzburger 737. Telegramm: Schwerfenz, Berlin-Wilmersdorf.

Die Versicherung, daß keine Wucherpreise verlangt würden, veranlaßte einen Leipziger Interessenten, bei Herrn Jean Schwerfenz über die Preise anzufragen. Am 8. November lief folgender Bescheid ein:

Auf Ihre werthe Anfrage offeriere ich Ihnen solange Vorrat:

- Reines Schweineschmalz! 345 Mk. der Zentner. Mindestabgabe: 1 Zentner.
- Prima Speisefett, Edelware! 255 Mk. der Zentner. Mindestabgabe: 1 Zentner.
- Prima Speise-Olivenöl! 245 Mk. der Zentner. Mindestabgabe: 5 Zentner.
- Alles einschließlich Faß ab hier, netto Kasse.

Infolge der enormen Nachfrage können beim besten Willen Proben nicht versandt werden. Der Einfachheit halber sind die Beträge an mich direkt oder an die Zentral-Viehmarktsbank, Berlin, Alexanderstr. 43 für mich einzusenden mit der Anweisung, daß die Bank den Betrag an mich zahlt, wenn ich

ihr durch Vorlegen des amtlich abgestempelten Frachtbriefes den Nachweis erbracht, daß die Ware an Sie abgegangen. Nachahmungen finden auf keinen Fall statt. Aufträge erbitte telegraphisch oder telephonisch.

Man kann leicht feststellen, welches „Kriegsopfer“ der menschenfreundliche Herr Schwerfenz bringt, wenn man sich gegenwärtig, daß für reines Schweineschmalz, für das 345 Mk. pro Zentner, also 3,45 Mk. für ein Pfund, verlangt wird, selbst in Leipzig ein Verkaufspreis von 2,25 Mk. für ein Pfund festgesetzt ist und daß reines Schweineschmalz im Januar dieses Jahres, wo auch schon erhöhte Preise notiert wurden, mit 103 Mk. pro Zentner angeboten wurde. Für Kunstfett, das im Januar mit 66 Mk. angeboten wurde, fordert Herr Schwerfenz die Kleinigkeit von 255 Mk. Ebenso unerhört ist die Forderung für Speisefett, das im Januar mit 83 Mk. angeboten wurde.

Angeichts eines derartigen offensichtlichen Wuchers scheinen die behördlichen Versicherungen, daß die Wucherer nicht zu fassen seien, nicht recht verständlich.

Die Zusammenstellung solcher Massenangebote ließe sich natürlich beliebig vermehren. Aber schon diese Proben zeigen, daß wir keinen Mangel an Fettwaren haben, daß vielmehr nur dafür georgt werden muß, die vorhandenen und irgendwo versteckten Waren den Klauen der Wucherer zu entreißen, um sie der Allgemeinheit verfügbar zu machen. Und da wird der Reichstag ganze Arbeit machen müssen. Bestandshebungen müssen angeordnet werden für alle wichtigen Waren. Und nach den üblen Erfahrungen mit der Bestandsaufnahme der Kartoffeln im vorigen Jahre, wo die Agrarier ungeheure Mengen unter die Lupe nahmen, die dann zum Teil verkauft, müssen exorbitante Strafen festgesetzt werden für die Unterschlagung von Beständen. Zehn Jahre Zuchthaus für die Vampire, die Waren vom Markte fernhalten, um das Volk auszuhungern, das müßte die Mindeststrafe sein, dann würden solche Unterschlagungen bei den Bestandsaufnahmen nicht mehr vorkommen.

Hier wird der Reichstag festzufassen müssen, und er wird verlangen müssen, gewissermaßen mit Gewehr bei Fuß stehen zu bleiben, um die Gewähr zu haben, daß seinem Willen auch Folge geleistet wird. Der Reichstag darf sich nicht wieder auf viele Monate nach Hause schicken lassen. Er darf sich nicht mehr ausschalten lassen, sondern er muß sich in Permanenz erklären, denn es geht um zu viel. Schon spitzt das feindliche Ausland die Ohren. Es hofft uns doch noch durch den Hunger überwinden zu können. Freilich nicht durch den Hunger, den die Engländer erzeugen — der ist überwunden —, sondern durch den Hunger, den, zu ihrer ewigen Schande sei es gesagt, verhältnismäßig kleine Kreise des eigenen Volkes durch den schändlichen Kriegswucher hervorrufen.

Darf es dazu kommen, daß sich die Hoffnung der Deutschland feindlichen Regierungen erfüllt? Selbstverständlich darf es nicht dazu kommen, und es wird nicht dazu kommen, wenn nun die Vertretung des deutschen Volkes selber die Sorge um die Ernährung des Volkes entschlossen übernimmt. Der sittliche Opfermut steht heute zweifellos am höchsten bei der Masse der armen Bevölkerung, die es darum verdient, daß der Reichstag ihr zur Sicherung der Existenz die Hilfe gewährt, die er gewähren kann, wenn er als Volksvertretung seine Pflicht tut.

Also nochmals: Wenn der Reichstag jetzt zusammentritt, dann möge er bedenken, daß es um zu viel geht, als daß er länger solche halbe und ganze Untätigkeit gewähren lassen könnte. Und, in Anlehnung an den Ausruf des Grafen Kossoth an den angeblich zu weichen Landwirt, rufen wir dem zu weichen Reichstag mahnend zu:

**Reichstag, werde hart!**

### Menschenökonomie und Frauenarbeit.

Ein charakteristisches Merkmal der kapitalistischen Gesellschaft ist es, daß sich auf sehr vielen Gebieten das gesellschaftliche Leben in Widersprüchen bewegt. Der Arbeiter lebt trotz reger Tätigkeit von früh bis spät meist in recht kümmerlichen Verhältnissen, während der Mann, der das Geld besitzt, sich allen erdenklichen Komfort des Lebens verschaffen kann, ohne zur Arbeit gezwungen zu sein. Das kommt, nebenbei gesagt, daher, daß das Geld in der kapitalistischen Gesellschaft zu unrecht ein weit größeres Ansehen besitzt, als die Arbeit. Umgekehrt wäre es richtiger. Werteschaffend ist doch nicht das Geld, sondern nur die Arbeit. Auch auf zahlreichen anderen Gebieten liegen sich die schreiendsten Widersprüche im gesellschaftlichen Leben aufzeigen, wenn wir uns diese Aufzählung in dieser Abhandlung zum Ziele gesetzt hätten. Das ist indessen nicht der Fall. Nur ein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens wollen wir in den Bereich unserer Betrachtung ziehen, nämlich die Wertung des Menschen, richtiger

gesagt, die Wertung des Mannes im allgemeinen. Und hier begegnen wir wiederum einem kolossalen Widerspruch.

Während wir gegenwärtig leben, daß in dem fürchterlichsten der Kriege, den die Weltgeschichte kennt, Sekatom-ben blühender Menschenleben hingeopfert werden, als handle es sich nicht um Ebenbilder Gottes, sondern um ganz wertlose Geschöpfe, leben wir gleichzeitig eine Bewegung erleben, die sich zum Ziele gesetzt hat, Menschenökonomie zu treiben. Menschenökonomie, das ist eine schöne Sache. Unter Menschenökonomie verstehen wir eine recht sparsame Wirtschaft im Verbrauch von Menschenleben. Und wir wären der Meinung, daß es doch das Nächstliegende sein müßte, dafür einzutreten, daß dem Sinospern von Menschenleben auf den Kriegsschauplätzen recht bald ein Ende bereitet werde. Aber jene Bewegung hat sich andere Ziele gesteckt. Sie will das Problem von der anderen Seite lösen. Ihr Ziel, genug Menschen zu haben, will jene Bewegung, die ausgeht von der „Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik“, in erster Linie erreichen durch Vermehrung der Geburten. Es heißt in dem § 2 der Satzungen jener Gesellschaft:

„In der Erwägung, daß das wertvollste Kapital der Nationen der Mensch ist, hat die Gesellschaft die Bekämpfung der vielen Gefahren, die das deutsche Volk vermöge des Sinkens der Geburtenziffer bedrohen, zum Ziel.“

Um dieses Ziel zu fördern, haben in letzter Zeit eine Anzahl Personen, meist Männer, Konferenzen abgehalten und Beratungen veranstaltet über die Frage, was zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft geschehen müsse. Krieg und Lebensmittelteuerung sind doch nun gewiß keine Maßnahmen zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft, sondern sie sind Maßnahmen für das Gegenteil. Aber seltsamerweise tat man nichts, um hier diese gegenwärtig größten Gefahren für das Sinken der Geburtenziffer, wie für die Verringerung der Volkskraft so schnell wie nur möglich zu beseitigen. Das ist um so verwunderlicher, als in den Reden zugegeben wurde, daß durch die Vernichtung junger Volkskraft auf den Schlachtfeldern sowie durch die auch nach dem Kriege noch anhaltende Teuerung die Geburtenhäufigkeit wohl nicht gefördert werden würde. Trotzdem wurde betont, daß der Wille zur Mutterschaft bei den Frauen geweckt werden müsse; daß die Frauen die Mutterschaft betrachten lernen müßten als eine soziale Pflicht, die sie dem Staate gegenüber zu erfüllen hätten.

Dazu schreibt uns die Kollegin Hoppe: Soweit diese Forderung sich an die Frauen der besitzenden Kreise richtet, ist sie gewiß berechtigt. Es ist ja eine feststehende Tatsache, daß die wohlhabenden Kreise, die ohne Samierigkeiten eine größere Kinderzahl aufziehen können, sich auf eine kleine Zahl beschränken. Die an die eigenen Klassenangehörigen gerichtete Mahnung der Redner, sich dieser sozialen Pflicht nicht zu entziehen, wird deshalb wohl nicht gehört verhallen. Der Appell an die soziale Pflicht richtete sich aber hauptsächlich an die Frauen des Volkes, der Arbeiterklasse. So sehr ist die besitzende Klasse daran gewöhnt, die Volkserneuerung von unten herauf sich vollziehen zu sehen, daß man den Frauen der Arbeiterklasse wegen des seit Jahren beobachteten Geburtenrückganges bittere Vorwürfe machte. Wohl wurde auch darauf verwiesen, daß das mit der wachsenden Kultur gesteigerte Verantwortlichkeitsgefühl der Eltern zur Beschränkung der Kinderzahl führe. Bestehen bleibt aber, daß einer der Referenten Genußsucht und Bequemlichkeit als die Geburtenbeschränkung fördernd bezeichnete, und den Frauen vorwarf, sie scheuten den opfervollen Mutterberuf.

Ist dem wirklich so? Frauen, die in 10 stündiger Arbeitszeit bei schlechten Löhnen in dunstigen Fabrikräumen Tag für Tag sich abradern müssen, um das Brot zu verdienen für ihre Kinder, werden bei aller Liebe zu den Kindern, die im ärmsten Weibe meist stärker entwickelt ist als in der Frau der besitzenden Klasse, doch in jedem neuen Effer, der zu erwarten ist, einen unwillkommenen Zuwachs der Familie schon deshalb sehen, weil sein Dasein den geschwächten Körper der Mutter zu höherer Arbeitsleistung antreibt und die Nahrung der schon vorhandenen Kinder eine Schwämmerung erfährt. Hat eine solche in nie endender Arbeit abgegebene Frau Zeit für ihre Kinder? Nimmt ihr die harte Arbeitsfrau nicht jede Gelegenheit, sich des Werdens und Wachstums ihrer Kinder zu freuen und einen bestimmenden Einfluß auf ihren sich entwickelnden Charakter auszuüben?

Jeder Arbeiterfrau aus dem Herzen gesprochen war deshalb gewiß die Frage einer bekannten Berliner Ärztin: „Wie ist es nur möglich, daß in einem Volke, das innerhalb eines Jahres 25 Milliarden Mark (Kriegsanleihe) aufgebracht hat, Hunderttausende von Müttern auf Arbeit gehen müssen?“ Das ist gewiß keine gesunde Entwicklung, denn für diese Frauen liegt der bittere Zwang vor, Geld zu verdienen.

Eine bessere Gestaltung der sozialen Lage der Frauen des arbeitenden Volkes, wie sie die Arbeiterschaft stets gefordert hat, sollte man deshalb zunächst herbeiführen. Erst dann könnte man von ihnen als soziale Pflichterfüllung die Lieferung einer größeren Kinderzahl verlangen. Und letzten Endes muß es doch jeder sittlich empfindende Mensch als einen unerhörten Eingriff in die allerpersönlichsten Angelegenheiten der Menschen betrachten, wenn staatliche Organe etwa darüber zu befinden haben sollten, wie vielen Kindern Eltern das Leben zu geben hätten. Denn Eltern mit stark entwickeltem Verantwortlichkeitsgefühl würden auch dann ihren Willen, die für ihre Verhältnisse passende Kinderzahl selbst zu bestimmen, nicht beeinflussen lassen, wenn alle auf jener Tagung vom Staat geforderten und in Aussicht gestellten Erleichterungen und Erziehungsbeihilfen bei der Aufzucht einer größeren Kinderzahl gewährt würden.

Würde nicht das in jedem gefunden Weibe vorhandene, stark entwickelte Gefühl der Mütterlichkeit nach Betätigung drängen, würden nicht auch die Männer im häuslichen Kreise sich an dem Heranwachsen eines Kindes erfreuen wollen, dann würde in der so schwer um ihre Existenz ringenden Arbeiterklasse die Beschränkung der Kinderzahl noch bestimter zum Ausbruch kommen.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ vom 3. November hat sich ein Professor der Anthropologie, Herr Dr. von Luschan, in einem Thema „Rassen und Völker“ ebenfalls besonders an die Frauen gewandt. Er gab zu, daß durch den Verlust so vieler der tüchtigsten Männer durch den Krieg dem deutschen Volkskörper schmerzliche Wunden geschlagen werden. Doch: Die Kriegsoffer können das deutsche Volk in seinem Vordanschritt aber nicht aufhalten, denn die Volksvermehrung bliebe selbst im Hinblick auf die Kriegsbeschädigten nicht Schwächlingen

und Untüchtigen überlassen. Die Millionen heranwachsender Jünglinge sind geblieben, und ganz besonders fest steht seine Fortentwicklung auf der vollen Hälfte der deutschen Volkskraft, den jungen Frauen und Mädchen, unserer ganzen Hoffnung.“

Auch dieser Redner ließ bei seinem Appell sowohl das Gefühlleben wie den Verstand der jungen Frauen und der heranwachsenden Mädchen, der Mütter der Zukunft, außer allem Betracht. Können junge Frauen, die den Schmerz leben mühten, ihren Gatten im Kriege zu verlieren, bei neuer Eheschließung es als eine von ihnen zu fordernde soziale Pflicht betrachten, Kinder zur Welt zu bringen? Sie, die die Greuel des Krieges in steter Angst und Sorge miterlebten und das Liebste hingeben mühten? Werden nicht die Mädchen, die Zeugen der qualvollen Seelenkämpfe ihrer Mütter während der angstvollen Kriegszeit waren, die den seelischen Zusammenbruch der Mutter miterlebten, wenn eine mörderische Kugel den Vater hinweggerafft hatte — werden sie im Gedanken an die entsetzlichen Ereignisse, die düstere Schatten auf ihre Jugend warfen, nicht bangen, wenn sie Mutter werden sollen, bangen um das Kind, das vielleicht, wenn es herangewachsen, nur danach gewertet wird, ob es einen Soldaten oder eine Mutter künftiger Soldaten abgibt? Sollen die Mütter nur Söhne gebären, damit diese, wenn sie herangewachsen sind, Kriegsoffer werden? Diese, die Frau als Mutter so tief berührende Seite der Frage wurde bei der Tagung gar nicht erwogen.

So sehr wir es begrüßen müssen, daß auch andere Kreise als wir, wenn auch aus anderen Erwägungen heraus, den Schutz der Frauen als Schwangere und Mütter als dringendste Notwendigkeit vom Staate fordern, so wenig Berechtigung hat es aber, den Frauen die Mutterschaft als soziale Pflicht aufzuerlegen zu wollen. Erst wenn Staat und Reich Verhältnisse geschaffen haben werden, die auch die Frauen, die größere Hälfte der Menschheit, als gleichberechtigte Bürger des Staates anerkennen, erst wenn die kapitalistische Gesellschaft die Arbeiterschaft so entlohnt, daß die Frauen derselben nicht mitarbeiten müssen, um das Brot für ihre Kinder zu beschaffen, und wenn sie während ihrer Arbeitszeit nicht mehr ihre Kinderfreuden nicht immer sehr liebevollen Menschen überlassen müssen, wenn weiter vom Staat die Garantien dafür gegeben sind, daß ein dauernder Frieden innen und außen die Arbeiterschaft in ihrem kulturellen Aufstieg nicht hindert, wenn der Nachwuchs der Arbeiterschaft in Verhältnissen hineingeboren wird, die ihm Ansprüche an alle Kulturereignisse sichern, besonders auch auf bessere Bildungsmöglichkeiten sichern — dann erst dürfte die Zeit gekommen sein, wo Staat und Reich von den Frauen als soziale Pflichterfüllung für gewährte Rechte die Ausübung einer größeren Kinderzahl zu verlangen ein Recht hätten. Dann wäre aber auch die Zeit da, wo die Mütterlichkeit der Frau sich voll entfalten kann und einer Erweckung durch staatliche Maßnahmen nicht erst bedarf.

### Aus dem Leben der deutschen Textilarbeiter.

Die Kriegsfürsorge für die deutschen Textilarbeiter beschäftigt nun in größerem Umfange die Behörden, Unternehmer und Arbeiter. Bei dieser Beschäftigung kann man recht eigenartige Beobachtungen machen. So finden wir, daß in der bayerischen Textilindustrie Unternehmer vorbanden sind, die von den Textilarbeitern eine recht hohe Meinung haben und die es auch durchzusehen wußten, daß bei der Festsetzung der Unterstützungssätze für die erwerbslosen Textilarbeiter dieser hohen Meinung Rechnung getragen wurde. Auf der großen Konferenz im kgl. Staatsministerium des Innern in München, am 25. Oktober 1915, kam das mehrmals zum Ausdruck. Während aus jener Konferenz die Anschauung zur Geltung kam, daß die Arbeiterschaft ausreichend unterstützt werden müsse, sehen wir in den meisten Orten Sachsens die gegenteilige Anschauung die Oberhand gewinnen. Ganz einzigartige Ansichten traten wieder in der Sitzung der Bezirkskonferenz der Amtshauptmannschaft Plauen zutage. Der Herr Amtshauptmann Dr. Mehnert empfahl nach bekanntem Muster, den Gemeinden die Festsetzung der Unterstützungssätze vor, die für den Bezirk Reichenbach, Mhlau, Reßschau und die für Elsterberg. An der Ausarbeitung der Unterstützungssätze für Elsterberg sollen auch zwei Arbeiter mitgewirkt haben, die von dem Grundsatze ausgegangen seien, die Unterstützung nicht zu hoch festzusetzen, damit keine Unzufriedenheit bei den anderen eintrete; so sagte Herr Dr. Mehnert. O Du heiliger Strohsack Du! Müßten das aber helle Sachsen gewesen sein. Bisher haben wir immer angenommen, daß Unzufriedenheit eintreten würde, wenn zu niedrige Unterstützung eintrete. Jetzt hören wir, daß dies durch das Gegenteil hervorgerufen werden soll.

Der Herr Amtshauptmann gab zu, daß die Elsterberger Säge Mängel aufzuweisen haben, deshalb empfahl er die Reichenbacher Säge, wobei er sagte, wir lebten wohl unter einer Teuerung, aber bei einigermaßen gutem Willen ließe sich mit der Unterstützung auskommen. Die Arbeitgeber waren natürlich der Meinung des Herrn Amtshauptmannes, und Herr Dr. Römer aus Elsterberg beilte sich, von einer Begebenheit Kenntnis zu geben, welche geeignet ist, den Geist trefflich zu illustrieren, von dem die Unterstützungsaktion für die Textilarbeiter in verschiedenen Bezirken Sachsens geleitet wird. Er sagte nämlich, er habe heute bereits ein Gespräch mit angehört, wo die Arbeiter erklärten:

„Die Arbeitslosen essen jetzt das Fleisch und wir anderen das trockene Brot.“

Da haben wir also schon neben den schlemmenden Kriegerfrauen die ein Scharaffenleben führenden erwerbslosen Textilarbeiter. Es ist wirklich unerhört, solche kindischen Ansichten zu benutzen, um die Unterstützung der Kriegsoffer unter den Textilarbeitern recht gering zu bemessen. Die Herren, die sich solcher Ansichten bedienen, wenn sie dieselben auch nur „mit angehört“ haben wollen, sollten doch bedenken, daß gerade die meisten Geschäftsleute der hier in Betracht kommenden sächsischen Gemeinden fast ganz auf die Textilarbeiter als Käufer angewiesen sind. Diese Geschäftsleute haben schwer zu leiden, wenn das Einkommen der Textilarbeiter so niedrig ist. Und gerade in der Amtshauptmannschaft Plauen, wo wir schon lange vor dem Kriege eine

schwere Geschäftskrise in der Stickereiindustrie hatten, und wo während des Krieges in dieser Industrie nur sehr wenig zu tun war, wo also die Geschäftsleute schon schwere Zeiten durchgemacht haben, da hätte sich der Herr Amtshauptmann Dr. Mehnert mehr auf den Standpunkt des Volkswirtschaftlers stellen sollen, der nicht sagen sollte, „wohl leben wir unter einer Teuerung, aber bei einigermaßen gutem Willen ließe sich mit der Unterstützung auskommen“, sondern der hätte sagen müssen: „Wir leben unter einer Teuerung, welche die Kaufkraft des Geldes ganz bedeutend schwächt und dadurch den Warenumsatz verringert.“ Für unsere Orte, wo die ganze Geschäftswelt von den Textilarbeitern abhängt, wären niedrige Unterstützungssätze geradezu ein Unglück, nicht nur für die Bezirker der Säge, sondern auch für die Geschäftsleute.

Der Herr Kommerzienrat Wiedemann-Augsburg vertrat auf der oben erwähnten Konferenz in Bayern den Standpunkt, daß die Tagesätze der in Bayern zu zahlenden Unterstützung so bemessen sein müßten, daß sie sich auf Stundenlöhne umrechnen lassen, damit jede Stunde Arbeitszeitverlust den Arbeitern entschädigt werden könnte. Die Unternehmer zahlen die Unterstützung aus und stellen vorher fest, für wieviel Arbeitsstunden sie zu zahlen ist. In der heutigen Beilage ist im einzelnen ausgeführt, auf welcher Grundlage die bayerische Kriegsfürsorge ruht.

Man muß schon sagen, daß aus dieser Regelung der Erwerbslosenfürsorge für die Textilarbeiter Bayerns ganz erheblich größeres soziales und volkswirtschaftliches Verständnis herauszusehen wie aus dem Raddelmuddel in Sachsen und Preußen.

Gegen die famosen Elsterberger Unterstützungssätze, die angeblich die erwerbslosen Textilarbeiter Elsterbergs in die Lage versetzen sollen, das ganze Fleisch weggreifen zu können, ist bereits Beschwerde erhoben worden; sonderbarerweise aber nicht von denen, die befürchten sollen, nun bloß trockenes Brot essen zu müssen, sondern von den Arbeitslosen, die angeblich das ganze Fleisch freffen sollen. Die letzteren meinen allerdings, das sei nur Kreidefleisch, das sie sich bei der Mahlzeit auf den Tisch malen. In Wirklichkeit, meinen die Elsterberger erwerbslosen Textilarbeiter, reiche die dort gewährte Unterstützung nicht aus, um sich an trockenem Brot und Kartoffeln satt zu essen. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Plauen hat man sich deshalb an die Reichsbanner Säge gehalten, trotzdem die Kollegen Gauleiter Dressel und Geschäftsführer Hausold nachwiesen, daß auch diese Säge zu niedrig seien.

Auch in Preußen mangelt es an einheitlicher Regelung dieser für die Textilarbeiter zur Lebensfrage gewordenen Angelegenheit. In Cottbus werden bewegliche Klagen laut über die Handhabung der Erwerbslosenfürsorge. Das System der Prüfung der Bedürftigkeitsfrage ist dort das gleiche, wie bei der Unterstützung der Kriegerfrauen. Man sollte doch überall das bayerische System zur Einführung bringen. Für jede Stunde Verdienstverlust muß Entschädigung gezahlt werden. Was den bayerischen Textilarbeitern recht ist, muß auch den preussischen und sächsischen Textilarbeitern zugebilligt werden. Sie alle sind Kriegsoffer des Deutschen Reiches.

### Aus der Textilindustrie.

Die Rohstoffversorgung der Textilindustrie läßt auch in der neutralen Schweiz gar viel zu wünschen übrig. In Deutschland war seither noch mancher der irrthümlichen Meinung, es könne über die Schweiz Baumwolle bezogen werden. Das ist nicht der Fall. Der Schweiz fehlt es selbst an Baumwolle. Wie die „Neue Züricher Zeitung“ meldet, sind in der Schweiz bereits 2818 Baumwollwebstühle wegen Rohstoffmangel stillgelegt.

Die Textilindustrie der Zentralmächte Deutschland und Oesterreich-Ungarn wird jetzt, nachdem der Verkehrsweg mit Bulgarien und der Türkei zu Wasser und zu Lande frei ist, Rohstoffe, insbesondere Wolle, Baumwolle und Seide hereinbekommen. Die Vorräte an Schafwolle werden in der Türkei auf 200 000 Doppelzentner und diejenigen in Bulgarien auf 30—40 000 Doppelzentner geschätzt. Dazu kommt dann noch die Mohairwolle, deren Quantum auf 55 000 Ballen geschätzt wird.

Früher ging diese Wolle größtenteils nach England, um dort zu dem Mohairgarn verarbeitet zu werden. Jetzt wird sie die deutsche Textilindustrie übernehmen. Leider hat die Türkei noch zu wenig Transportbegünstigung, um die Wolle schnell aus dem Lande herauszuschaffen.

Wie es in diesem Jahre mit der Baumwollergzeugung in der Türkei sein wird, steht noch nicht fest. Man hofft aber, daß das Quantum mindestens das des Vorjahres erreichen wird, denn die Produktion ist in steter Zunahme begriffen. Im Jahre 1914 soll die Jahreserzeugung zwischen 300 000—400 000 Doppelzentner betragen haben. Das wichtigste Baumwollanbaugebiet ist dasjenige von Adana bis Mersina. Adana hat im vorigen Jahre 120 000 Ballen zu zirka 190 Kilogramm geliefert. Das Vilayet Smyrna lieferte 60 000 Ballen. In früheren Jahren ging diese Baumwolle größtenteils nach Frankreich und Spanien, in diesem Jahre wird sie natürlich nach Deutschland und Oesterreich gehen und hier eine sehr große Aushilfe gewähren.

Da, wie jetzt auch englische Fachzeitungen mitteilen, in Deutschland die Sprengstoffe aus anderen Rohstoffen hergestellt werden, so wird die deutsche Heeresverwaltung die Baumwolle, die sie beschlagnahmte, gar nicht brauchen, sondern unter die Industrie verteilen können. Der Hamburger Kaufmann, Herr Wertheim, hat kürzlich einem Vertreter von Norwegens Handelsblatt, Farmann, erklärt, daß über den Rohstoffmangel Deutschlands im Auslande ganz falsche Vorstellungen verbreitet seien. In bezug auf Rohjute sagte er, in Deutschland habe jedermann befürchtet, es werde ein großer Uebelstand eintreten, wenn keine Rohjute mehr aus Britisch-Indien eingeführt werde. Die Befürchtung sei nicht eingetroffen. Die Textilarbeiter haben in einem Umfange ausgeholfen, daß Deutschland nahezu unabhängig von Rohjute geworden sei. Es habe sich eine mächtige neue Industrie eines Sinterjutes entwickelt, die den Krieg überdauern und in Zukunft den Wettbewerb von Jute sehr erschweren werde. Herr Wertheim ist der Meinung, daß die englische

Abperrung der Rohstoffzufuhr Deutschlands das Gegen- teil von dem bewirkten werde, was England erhoffte; die deutsche Industrie sei durch diese Abperrung erfreulicherweise dazu gedrängt worden, sich in der Rohstoff- verforgung von Großbritannien unabhängiger zu machen.

Die Weltseidenherzeugung hat im abgelaufenen Jahre ebenfalls erheblich unter der Einwirkung des Krieges gelitten. Sie betrug in der Kampagne 1913/14 insgesamt 26 200 000 Kilogramm und ging in der Kampagne 1914/15 auf 20 900 000 Kilogramm zurück. Das ist eine Vermin- derung um 5 100 000 Kilogramm gleich 26 Proz. Die Ver- minderung entfällt in der Hauptsache auf Ostasien; Japan allein hat eine Minderherzeugung von 2 1/2 Millionen Kilogramm zu verzeichnen, während Europa einen Mehrertrag von 600 000 Kilogramm aufzuweisen hat. Auch in der Türkei hat die Seidenproduktion stark gelitten. Während in der Kampagne 1913/14 allein in den zwei Bezirken Bursa und Ismid 4 759 630 Kilo- gramm frische Kokons geerntet wurden welche die Aus- fuhr von 471 541 Kilogramm Rohseide, sowie 538 947 Kilo- gramm Florett- und sonstige Abfallseide ermöglichten, wird der diesjährige Ertrag an Rohseide auf nur 200 000 Kilogramm geschätzt.

Ueber die diesjährige amerikanische Baumwoll- ernte werden auch wieder recht bedenkliche Meldungen ver- breitet. Es wird gesagt, daß das amerikanische Ackerbauamt in Washington den Ernteertrag viel zu niedrig abgeschätzt habe. Allgemein nimmt die amerikanische Fachpresse einen Ertrag von 12 500 000 Ballen als richtig an, während die Regierungsschätzung nur 10 950 000 Ballen angibt. Man ist der Meinung, daß die Ernte so niedrig geschätzt wurde, habe den Zweck, die Verbraucher ängstlich zu machen und zum schnellen Zuzahlen zu veranlassen, um ein Sinken der Preise zu verhindern und dem Präsidenten Wilson die Aufgabe zu ersparen, in der Frage des Baumwolltrans- portes nach den Zentralstaaten Europas mit England ein ernstes Wort reden zu müssen. Die Verbraucher sind aber auf den Bluff nicht hineingefallen, und Herr Wilson hat sich be- quemen müssen, bei England zu protestieren, daß Baumwolle auf die Liste der Kriegskonterbande gesetzt worden ist. Seltener wird dieser Protest natürlich nichts, denn dem Angloamerikaner Wilson fällt es gar nicht ein, Maßnahmen zu treffen, die England zwingen würden, den Protest Amerikas zu beachten und ihm stattzugeben.

Der Mangel an Baumwolle verhilft den Flach- spinnereien und Leinenwebereien goldene Zeiten. Die Niederrheinische Flachspinnerei in Dülken macht folgende Jahresrechnung auf: Dem Ueber- schuß auf Warenrechnung in der Höhe von 1 470 445 Mk. (i. B. 1 206 181 Mk.) eine Herstellungsrechnung von 912 935 Mk. (874 188 Mk.) gegenüber, so daß sich der Rohgewinn nach Abzug von 27 579 Mk. (25 748 Mk.) Steuern einschließ- lich 89 433 Mk. (59 188 Mk.) Vortrag auf 619 363 Mk. (365 433 Mk.) berechnet. Davon dienen 100 000 Mk. (wie im Vorjahre) zu Abschreibungen, 180 000 Mk. (50 000 Mk.) werden der Sonderrücklage gutgebracht, die Dividende von 8 Proz. (7 Proz.) erfordert 144 000 Mk. (126 000 Mk.) und als Vortrag verbleiben 195 364 Mk. (89 433 Mk.). Ueber die Gewinnanteile der Verwaltung gibt der Be- richt keinen Aufschluß, obwohl gerade diese Angelegenheit schon seit längerer Zeit in den interessierten Kreisen geradezu zum Tagesgespräch geworden ist. Zu dem Abschluß führt der Geschäftsbericht unter anderem aus, daß die Flach- spinnerei im Berichtsjahr ein befriedigendes Er- gebnis erzielen konnte. Mit dem Ausbruch des Krieges war der Flachbezug aus Rußland gänzlich abgebrochen, doch besaß die Gesellschaft noch große Mengen Rohflachs aus der 1913er Ernte, die billig einstanden und den Betrieb der gesellschaftlichen Spinnerei zunächst sicherstellten. Ueber die weiteren Schwierigkeiten wegen der Beschaffung von Roh- ware half der Gesellschaft die von der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums eingeleitete Beschlagsnahme der im Feinbesitz vorgefundenen Vorräte von Flachs hinweg, Maßnahmen, durch welche die Gesellschaft regelmäßig den ihr zustehenden Anteil an Kriegsgut erhielt. Leinengarne standen schon zu Anfang des Geschäftsjahres für alle Sorten in guter Nachfrage. Nach den Kriegserklärungen war zuerst die Bestürzung in allen Kreisen der Abnehmer groß; bald aber lehrte Beruhigung und Vertrauen infolge des siegreichen Vordringens unserer Heere in die feindlichen Länder zurück, und bedeutende Heeresaufträge brachten der Flachspinnerei und Leinenweberei reichliche Beschäftigung.

Die Aktiengesellschaft für schlesische Leinenindustrie (vorm. C. G. Kränitz u. Söhne) in Freiburg i. Schl. beendete am 31. August d. J. ihr Geschäftsjahr. Einschließlich 68 950 Mark (i. B. 11 034 Mk.) Vortrag und nach auf 666 419 Mk. (421 588 Mk.) erhöhten Abschreibungen, sowie nach Rück- stellung von 15 000 Mk. für Talonsteuer wurde erzielt ein Reingewinn von 1 746 118 Mk. gegen 765 900 Mk. im Vor- jahre. Also rund eine Million Mark mehr Reingewinn trotz 260 000 Mk. höherer Abschreibungen und Zurück- stellungen. Diese ungeheure Gewinnsumme gelangt in fol- gender Weise zur Verteilung:

Sonderrücklage 100 000 Mk. (0), Unterstützungsbestand 30 000 Mk. (0), Versorgungsbestand 50 000 Mk. (0), Wohlfahrtsausgaben 40 000 Mk. (0), Gewinnanteile 157 597 Mk. (66 950 Mk.), 1 125 000 Mk. (600 000 Mk.) als 15 Proz. (8 Proz.) Dividende und Vortrag 243 520 Mk. (68 950 Mk.). Dem Geschäftsbericht zufolge stand das abgelaufene Geschäfts- jahr unter dem Einfluß der kriegerischen Ereignisse. Sehr günstig für die Gesellschaft erwiesen sich die im Früh- jahr 1914 getätigten großen Flachs- und Seideinkäufe, welche trotz der plötzlich eintretenden Verteuerung aller Hilfsmaterialien einen befriedigenden Nutzen zuließen. Infolge von Zumeisungen durch die Kriegsrohstoff-Abtei- lung des Kriegsministeriums sowie des freihändigen Erwerbs einer größeren Menge Flachs kann die Gesellschaft ihrer Roh- stoffversorgung mit einiger Beruhigung entgegensehen. Die Werke wurden während der Berichtszeit mit ihrer ganzen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen; die umfangreichen Heereslieferungen verursachten erhebliche Schwierigkeiten; es gelang aber, ihrer Herr zu werden. Im regulären Waren- geschäft zeigte sich zunächst der hohen Preise wegen Zurück- haltung; indes konnte auch auf diesem Gebiete wiederkehren- des Vertrauen festgestellt werden. Für die nächsten Mo- nate seien alle Werke reichlich mit Auf- trägen versehen. Ueber die Wirkung der Herstellungs-

einchränkung in Verbindung mit dem Herstellungsverbot ein- zelner Warengattungen lasse sich noch kein abschließendes Urteil fällen, da bei Abfassung dieses Berichts die Zeit des Inkrafttretens der Anordnung noch eine zu kurze ist. Die Bleiche in Rudelstadt ist stillgelegt worden, weil einerseits sehr große Aufwendungen für Verbesserungen nötig gewesen wären, andererseits aber auch die dortigen Wasserver- hältnisse sich derart verschlechtert haben, daß es richtiger schien, größere Mittel auf den Ausbau der Arnsdorfer Bleiche zu verwenden; dieser ist in der Ausführung begriffen, und es dürfte dadurch eine sehr erwünschte Vereinheitlichung des Betriebes erzielt werden. Die Warenbestände sind mit 2 399 251 Mk. (2 988 147 Mk.) und die Betriebsbestände mit 2 524 031 Mk. (2 657 668 Mk.) bewertet.

Der Goldregen wird demnach auch im laufenden Geschäftsjahr wieder recht er- giebig werden.

### Arbeitsverdienst und Kriegs- unterstützung.

Man schreibt uns: Ein recht verständiger und angenehm berührender Be- schluß zur Frage der Familienunterstützung an Angehörige der Kriegsteilnehmer ist in Dortmund gefaßt worden. Da- nach soll vom 1. November ab der Arbeitsverdienst von Kriegerfrauen, namentlich solcher, die als Arbeiterinnen auf industriellen Werken beschäftigt sind, bei der Festsetzung der Kriegsunterstützung in der Regel nicht mehr berücksichtigt werden.

Es wäre dringend zu wünschen, daß in dieser Weise in allen Orten verfahren würde.

Die Anrechnung des Arbeitsverdienstes von Krieger- frauen führt zu vielen Streitigkeiten und ist häufig Veran- lassung, daß Kriegerfrauen sich nicht gern um Arbeit bemühen. Gehört es doch nicht gerade zu den Seltenheiten, daß Frauen die Kriegsunterstützung nicht gewährt oder wieder entzogen wird, obgleich der Arbeitsverdienst diesen Betrag nicht einmal erreichte. Außerdem wird in der Sache nicht einheitlich ver- fahren, so daß sich die Frauen, die Erwerbsarbeit leisten, um so mehr benachteiligt fühlen müssen.

Die Kriegsunterstützung soll eine Entschädigung sein für den Nachteil, der der Familie durch die Einziehung des Mannes zum Heeresdienste entsteht. Sie soll nur dann ge- zahlt werden, wenn tatsächlich der Familie ein Vermögens- nachteil erwächst. Wie in vielen Fällen, so kann auch hier nicht streng nach dem Wortlaut gehandelt, sondern es müssen mancherlei Nebenumstände berücksichtigt werden. Es wird natürlich niemand verlangen können, Kriegsunterstützung zu erhalten, wenn das Gehalt des Mannes in voller Höhe der Familie ausbezahlt wird. Anders aber verhält es sich mit dem Verdienst der Frauen.

Der Mann ist bei den üblichen niedrigen Löhnen für Frauen in der Regel der Hauptverdiener. Fehlen die Ein- nahmen von ihm, dann hat die Familie erheblichen materiellen Schaden, zumal Ausgaben für Wohnungsmiete, Heizung, Be- leuchtung usw. die gleichen bleiben und nur die Kosten für Ernährung geringer sind. In solchen Fällen die Frauen die Kriegsunterstützung vorzuenthalten, ist ungerecht. Es ist aber vielfach vorgekommen, selbst — wie bereits erwähnt — in Fällen, wo der Arbeitsverdienst geringer war als die Kriegsunterstützung.

Unter der Praxis der Anrechnung des Arbeitsverdienstes leiden vielfach auch die kriegsgetrauten Frauen. In ihrer Wirtschaftsführung hat sich freilich nach außen hin durch die Heirat häufig nichts geändert. Die junge Frau lebt genau so bei den Eltern oder bei fremden Leuten, wie vor der Ehe. Sie hatte sich trauen lassen, und der Mann zog ins Feld. Wohl alle Frauen aber bemühen sich, den Männern etwas zu schenken, und sie machen häufig dafür erhebliche Aufwendungen. Diese müssen aber von den Einnahmen abgerechnet wer- den. Deshalb sind auch kriegsgetraute Frauen durch die Ein- ziehung des Mannes zum Heeresdienste oftmals geschädigt, und es dürfte daher ein Berücksichtigen der Nebenumstände bei der Prüfung der Unterstützungsansprüche durchaus im Sinne der Verordnung über die Kriegsunterstützung liegen. Ganz besonders wäre ein Eingehen auf diese nötig bei den Ansprüchen der Familien, in denen Kinder sind.

Man stelle sich einmal die moralische Wirkung vor, wenn Frauen, die arbeiten, gewissermaßen dafür noch bestraft wer- den dadurch, daß ihnen dann keine Unterstützung gezahlt wird. Ist diese höher als der Verdienst oder wenigstens nicht niedriger, dann kann ein Anrechnen des Arbeitsverdienstes leicht dazu führen, daß Frauen die Arbeit aufgeben. Andere wieder werden abgehalten, sich nach Arbeit umzusehen.

Verheiratete Frauen haben immer in der Häuslichkeit zu tun, noch dazu, wenn Kinder da sind. Deshalb kann man es ihnen noch gar nicht einmal verdenken, wenn sie zu Hause bleiben, sich mit der Unterstützung einrichten oder durch wenig Arbeit nur hinzuverdienen wollen. Hierzu Anlaß zu geben durch Bestrafung des Fleißes der Kriegerfrauen, liegt nicht im Interesse dieser und der Allgemeinheit. Daher muß man den Beschluß des Dortmundener Unterstützungsausschusses be- grüßen und ihn zur Nachahmung empfehlen.

Die soeben veröffentlichte Ministerialverordnung über die Unterstützung der Kriegerfamilien weist übrigens die Diefen- ringsverbände ausdrücklich an, bei Feststellung der Bedürftig- keit nicht engherzig zu verfahren und nicht etwa die Unter- stützung unter Hinweis auf die Arbeitsfähigkeit ohne weiteres zu verlagen. Wenn die Frage der Höhe des Arbeitsverdienstes in dem Erlaß auch nicht besonders berührt ist, so läßt er doch erkennen, daß eine engherzige und bürokratische Behandlung der Unterstützungsansprüche der Kriegerfrauen nicht im Sinne der Reichsverwaltung liegt.

### Teueres Schuhzeug. — Spiritus statt Speisefkartoffeln.

Die Beschaffung und Instandhaltung des Schuh- werkes macht jetzt den minderbemittelten und kinderreichen Familien die schwersten Sorgen. Die notwendigen Ausgaben dafür sind fast unerschwinglich hoch, und wenn Einschränk- ungen gemacht werden müssen, kommt schließlich nur der Arzt ins Haus. Das muß um so verbitternder wirken, als die jetzigen hohen Lederpreise den Lederfabrikanten unver- hältnismäßig hohe Gewinne einbringen. Die durch den Krieg bedingte Verteuerung der Lederproduktionskosten beträgt hoch gerechnet etwa 1,50 Mk. für das Pfund fertigen Leders, wäh-

rend es in Wirklichkeit um etwa 3 bis 4 Mk. pro Pfund teurer geworden ist. Von ihrem Verdienst müssen zwar die Leder- fabrikanten 70 Pf. pro Pfund als Wohlfahrtssteuer an die Reichsmilitärkasse zahlen; die Erhebung des Betrages ist in- dessen nur eine mittelbare Besteuerung der Verbraucher. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat daher in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern eine kräftige Herab- setzung der hohen Richtpreise für Leder und die Aufhebung der Wohlfahrtsabgabe verlangt. Daraufhin ist ihm von dem Reichsamt des Innern der Bescheid zugegangen, daß die dazu notwendigen Schritte bereits eingeleitet sind und in der Rich- tung der in dem Schreiben vorgebrachten Wünsche verfolgt werden. — Danach darf man wohl erwarten, daß die Preise für Leder in absehbarer Zeit so gestellt werden, daß dann die Versorgung mit Schuhzeug und seine Instandhaltung zu er- schwinglichen Preisen möglich sein wird.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat ferner in einer Eingabe die baldige weitere Herabsetzung der zu hohen Preise für Kartoffeltrocken- und Stärkeerzeugnisse und für Kartoffelspiritus verlangt. Die überaus hohen Fabrikat- preise für diese Erzeugnisse führen zu einer unnatürlichen Ueberwertung der Kartoffeln, so daß z. B. in der Spiritus- brennerei selbst die geringsten Kartoffeln noch mit 8 bis 8 1/2 Mk. für den Doppelzentner verwertet werden, während der doch gewiß ausreichende Erzeugungshöchstpreis für Speise- kartoffeln 5,50 Mk. beträgt. Die Folge davon ist, daß die Kartoffelproduzenten, namentlich des Ostens, ihre Kartoffeln lieber für die Fabriken und Brennereien reservieren, statt sie zu den Höchstpreisen an die kartoffelarmen Bezirke des Westens abzuführen. Dazu ist ein weiterer Abbau der Preise für Spiritus und Kartoffelfabrikate dringend geboten, zumal sich ja mit der Herabsetzung der Brennspirituspreise auch die Möglichkeit der Benutzung von Spiritusglühlicht für die un- bemittelte Bevölkerung erweitert.

### Die Perltafchenfabrikation.

(Entstehung. Tarifmöglichkeit. Berechnung.)

Man schreibt uns aus Sachreisen: Als in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein neuer Artikel in der Kleiderbesatzbranche der Posamentiererei zur Mode wurde, hat wohl niemand geahnt, daß sich dieser Zweig der Posamentenbranche zu einem so komplizierten, vielbewunderten und vielbegehrten, ja sogar bis zu einem gewissen Grade notwendigen Bedarfsartikel ausbilden würde. Mit Grazie trägt so manche Dame die Perltafche, die teilweise eine Summe von mehreren hundert Mark ge- kostet hat, bis herab zum kleinen Mädchen, dessen Täschchen den Wert von nicht einmal einer Mark beträgt, oder die Börse in Nationalfarben. Doch niemand von all den Trägern hat wohl eine Ahnung von all der Entwicklung, den Er- findungsgaben und dem Fleiß, die es möglich machten, dieses Produkt zu erzeugen. Vom Erfinder der Jacquardmaschine bis herab zum Glasprenger und Färber gebührt allen ihr Anteil an dieser Kunst im Kleinen.

Doch zurück zum Perltafchenarbeiter! Die Bezeichnung Posamentierer hat sich schon lange überlebt, denn Angehörige anderer Gewerbe halten es nicht für entwürdigend, das Schiffchen zur Hand zu nehmen und mit tätig zu sein an der Herstellung von Perltafchen. Freilich sehen es die gelehrten Posamentierer nicht gern, aber was hilft es? Wer intelligent ist und gut begreift, dem bietet die gefeblichte Gewerbfreiheit Gelegenheit, dem Unmut der „Berufsmäßigen“ zu trosten.

Gar mühsam und primitiv waren die Anfänge des Perlenbesatzes oder „Patentes“, wie dieser Artikel, in Gestalt von Bändern hergestellt, in den sechziger Jahren genannt wurde. Perlen so groß wie kleine Kugeln oder Erbsen, ver- arbeitet durch ein Ried von Stroh, mußten, durch einzelnes Hereinheben, mühsam auf Worten verwebt werden, einreihig, zwei- und dreireihig. Verbesserungen entstanden nach und nach teils am Ried, teils auch bei den Perlen. Die Perlen wurden kleiner und gleichmäßiger, die Konstruktion des Patentriedes wurde praktischer, es ließ sich sicherer und prak- tischer und dadurch schneller arbeiten. Die Muster konnten vergrößert werden und der Verdienst klag z. B. in Berlin bis auf 80—90 Mk.; wurde doch im Erzgebirge das Meter Perlhorste bis über eine Mark bezahlt, und das in einer Zeit, wo die Lebensansprüche viel billiger zu bestreiten waren als besonders jetzt, in unserer Kriegszeit. Damals hatte das Handwerk des Posamentierers einen goldenen Boden, aber dieser ist ihm schon lange durch die Entwicklung des Kapital- lismus entziffen worden, und so sind auch die Entlohnungen für eine Perltafche, für eine komplizierte Arbeit so minimal, daß man von keinem Lohn, sondern nur von einem Trinkgeld reden kann.

Leider stehen die meisten Perltafchenarbeiter der gewerk- schaftlichen Organisation fern; eine Verbesserung ihrer Lage ist vorläufig von dieser Seite aus nicht möglich, wenn nicht von einer anderen Richtung, aus hier eingegriffen werden kann, und das ist nur möglich, wenn die wenigen Organi- sierten dieser Branche die Kollegen darauf aufmerksam machen, daß ein Tarif eine notwendige Sache ist. Hier muß die Agitation einjagen, und es muß darauf hingewirkt wer- den, daß nur durch die Organisation und durch einen Tarif die Perltafchenbranche vor weiterem Sinken des Lohnes be- wahrt werden und überhaupt Ordnung in diesen Erwerbs- zweig gebracht werden kann. Die Zeit ist günstig dazu und wird es nach dem Kriege noch mehr werden.

Wenn man annimmt, daß jetzt, in einer Zeit, wo die Posamentenindustrie so daniederliegt und man möchte sagen, mit geringen Ausnahmen die Perltafchenbranche jetzt die best- beschäftigte ist — sind doch in Annaberg, Buchholz und Um- gegend weit über hundert Arbeiter beschäftigt — und Ar- beiter beim besten Willen nicht mehr zu bekommen sind, so wäre es ein großer Fehler und eine große Nachlässigkeit, wenn sich die Kollegen nicht rührten und aus dieser günstigen Ge- schäftslage keine Vorteile zu ziehen suchten. Darum tue jeder organisierte Kollege seine Pflicht und suche seine indiffe- renten Kollegen über die jetzige Lage aufzuklären. Man suche diese wenigstens auf folgenden Tarif, nach dem jede Arbeit berechnet werden kann, aufmerksam zu machen, damit bei neuen Mustern ganz energisch auf bessere Preise gehalten werden kann. Die Berechnung ist aufs möglichste ausprobiert worden und ist jedem Kollegen zu empfehlen.

Beispiel: Skämmliches Muster. 1 oder 9° Schuh- zahl wird mal Tiefenzahl genommen. Vom dritten Rämm- chen ab wird für jedes Rämmchen ein Zuschlag genommen. Bei 3 oder 12° und kleiner kommt noch ein prozentualer Zu- schlag hinzu.

Berechnung: 1 oder 9°. 5 Kämmlisch. 60 Schuß. 50 Diefen.

60x50 8,- M. 8 R. Zuschlag à 0,50 M. = 1,50 Summa 4,50 M. für das Duzend.

2 oder 10°. Dieselbe Größe wie oben. 60x50 8,- M. 8 R. Zuschlag à 1,- M. = 8,- Summa 8,- M. für das Duzend.

3 oder 12°. Dieselbe Größe wie oben mit 8 Kämmlchen. 60x50 8,- M. 5 R. Zuschlag à 2,- M. = 10,- 10% auf macht 1,30 Summa 14,30 M. für das Duzend.

4 oder 14°. Dieselbe Größe wie oben. 60x50 8,- M. 5 R. Zuschlag à 3,- M. = 15,- 20% auf macht 3,60 Summa 21,60 M. für das Duzend.

5 oder 16°. Dieselbe Größe wie oben. 60x50 8,- M. 5 R. Zuschlag à 4,- M. = 20,- 80% auf macht 6,90 Summa 29,90 M. für das Duzend.

Wenn sich jeder Kollege der Mühe unterzieht und nach obigem Schema seine Muster berechnet, so kann ein einheitliches Lohnsystem geschaffen werden...

Aus den Gewerkschaften.

Adalbert Gremski gestorben. In der Nacht zum 17. November starb in Posen der Redakteur des polnischen Gewerkschaftsblattes „Swiata“...

Wilhelm Köhling gestorben. Der Verfasser der bekannten Broschüre „Ein Wort zur Rechtfertigung“ Ende September 1913 erschienen, ist in Berlin, 42 Jahre alt, an den Folgen einer Blinddarmerkrankung gestorben...

Soziales.

Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. In nicht weniger als fünf Tagungen ist kürzlich zur Frage der Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft Stellung genommen worden...

erklärt hatte, daß an dieser Frage das ganze Gesetz eventuell scheitern könnte. Ähnlich ist es ihnen auch mit allen anderen Forderungen ergangen.

Vermischtes.

„Reichster Nebenverdienst“. Stickereigeschäfte unter den verschiedensten Namen bieten gegenwärtig Nebenverdienst durch leichte Handarbeiten an...

Berichte aus Fachkreisen.

Nachen. (Kontrolle der Schnäpfe.) Eine Kontrolle der Schnäpfe durch den gestrengen Arbeitgeber, das ist wohl das Allerneueste auf dem Gebiete der fleisch- und fettlosen Tage...

Augsburg. Der Deutsche Textilarbeiterverband, Filiale Augsburg und Umgebung, hatte für Sonntag, den 14. November, nachmittags 3 Uhr, seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in das „Café Maximilian“ eingeladen...

Schwwege. (Vorricht.) Die Firma Kasper u. Co., Mechanische Buntweberei, hier, sucht in vielen süddeutschen und thüringischen Städten tüchtige Weber, trotzdem hier am Orte noch genug tüchtige Weber sind...

Landeshut. Endlich aufgerafft. Schon im Februar d. J. machte sich eine starke Strömung für eine Lohnerhöhung von 20 Proz. auf die erbärmlich niedrigen Löhne bemerkbar...

die Ursachen, die die Besucher zusammenführten. Hierauf erhielt Kollege Scholz das Wort. Er wies auf die elende Lage der Textilarbeiter und ihre Ursachen hin. Niemand nehme auf die schlechten Verhältnisse der hiesigen Arbeiterbesetzung...

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 28. November, ist der 48. Wochenbeitrag fällig.

Monatliche Arbeitslosenzählung. Für die Novemberzählung ist Sonnabend, der 27. Nov. Etichstag, zur Einbindung gelangt die graue Karte...

Abresenänderungen. Gau 4. Cöln - Mühlheim. K: Theodor Sattler, Mainaustraße 10.

Gau 7. Brudmühl, Ober-Bayern. B: Franz Krappf, Brudmühl.

Gau 8. Neustadt a. d. Orla. K: Hermann Gebenstreit, Rodder Str. 19, III.

Gau 10. Grimma. B: August Thomas, Klosterstr. 20, I. Alle Sendungen an diese Adresse. Marienberg i. Sa. Die Filiale ist eingegangen.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Berlin. Rudolf Dietrich, Weber, 56 J. Wilhelm Köhling, Färbereiarbeiter, 42 J., Blinddarmentzündung. Buchholz i. Sa. Anton Mehel, Leinwandmacher, 85 J. Hamburg (Bez. Schiffbeh). Wilhelmine Schulz, Arbeiterin, 64 J. Landeshut. Klara Wölfer, Treiberin, 26 J., Geburtsfolgen. Rengensfeld i. B. Albert Flovinka, Spitzenweber, 80 J., Rabunfall. Nürnberg. Babette Hübler, Unterleibsleiden. Babette Haas, Entbindung. Anna Krämer, Herzkrankheit. Wilhelm Scherzer, Magenleiden. Dritz. Marie Stobief, Spinnerin, 36 J., Lungenentzündung.

Spremberg. Anna Lenger, Lungenerkrankheit. Emma Höhne, Lungenerkrankheit.

Thalheim u. Umg. Marie Marschner, 64 J., Magenleiden. Ernst Herrmann, 70 J., Schlaganfall. Ernst Renatus, 69 J., Asthmaleiden.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Crimmitschau. Karl Hermann Reil, 38 J. Frankenberg. Bruno Zuspißer, Teppichweber, 25 J. Freiberg i. Sa. A. Häften, 24 J. Greiz u. Umg. Paul Mehlhorn, Neudöb, Weber, 28 J. Hils. Theo Lufon, Weber, 22 J. Leipzig. Hermann Bühler, 23 J. Lubitz. Josef Eichler. Meerane. Louis Hugo Börner, 33 J.

Nürnberg. Georg Plöbster. Andreas Messinglager. Karl Kämmerman.

Plauen i. B. Hermann Schuster, Fäbler, 21 J. Reichenbach i. B. Alfred Voigt, 27 J.

Ronsdorf. Bruno Durscheid, Weber, Selbach, 30 J. Spremberg. Paul Beck.

Thalheim u. Umg. Erich Claus, 25 J. Paul Auerwald, Gornsdorf, 20 J. Eugen Claus, Gornsdorf, 22 J. Paul Nestler, Gornsdorf, 27 J. Paul Schubert, Gornsdorf, 32 J.

Zwickau. Richard Rudolf, Mülfen, St. Jakob, 34 J. Richard Schwaps, Mülfen, St. Nikolaus. Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen. Sonnabend, 4. Dez. Rimbach i. Sa. Abends 8 1/2 Uhr im „Johannisbad“.

Sonntag, 5. Dez. Wittstock a. Doffe. Abends 8 1/2 Uhr bei Böbermann, Pritzwalker Vorstadt.

Montag, 6. Dez. Sebnitz i. Sa. Im Gewerkschaftshaus.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 27. November

Berlag: Karl Hübl. - Verantwortlich für die mit O versehenen Artikel Hermann Kräßig, für alles andere Paul Wagner. - Druck: Vormwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. - Esmilich in Berlin

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.



zusammenschluß der sämtlichen Textilbetriebe zum Zwecke der Sicherstellung des 1/3 Anteiles ist kaum erreichbar. Die kleineren Betriebe mit geminderter Leistungsfähigkeit werden teilweise der Gemeinschaft fernbleiben und auch vielen größeren Unternehmungen wird zwar die Fürsorge für die eigenen Arbeiter sympathisch sein, die gemeinsame Aufbringung der Kosten durch alle Unternehmer wird aber bei ihnen keinen Anklang finden. Große Schwierigkeiten würde es auch machen, einen richtigen Umlagenmaßstab zu finden.

2. Organisation.

1. Träger der Fürsorge sind die unmittelbaren Städte und die Distrikte, in denen die Textilarbeiter wohnen. Dies soll aber nicht ausschließen, daß die Fabrikbetriebe zur Mitarbeit insbesondere bei der Berechnung und Auszahlung der Unterstützungen herangezogen werden; diese Einrichtung wird sich im Gegenteil als zweckmäßig erweisen, da die Fabrikbetriebsleitung den wechselnden Wochenverdienst kennt und bei der Auszahlung der Unterstützung berücksichtigen kann, da ferner die Fühlung des Arbeiters mit dem Betriebe aufrechterhalten werden soll und dem Arbeiter der Genuß der Wohlfahrtseinrichtungen eines Unternehmens und die Zugehörigkeit zur Krankenkasse nicht entzogen werden soll, endlich da jede Mehrbelastung der Behörden mit neuer Arbeit in der gegenwärtigen Zeit soweit als irgend möglich vermieden werden muß. Die Landgemeinden sind als Träger der Erwerbslosenfürsorge nicht geeignet, da sie in der Regel nicht genügend leistungsfähig und der richtigen Durchführung der mit der Fürsorge verbundenen Verwaltungsgeschäfte nicht gewachsen sind.

2. Für die Städte und Distrikte als Träger der Erwerbslosenfürsorge ergibt sich die Verpflichtung, den Arbeitern gegenüber die Gewähr für die richtige und vollständige Auszahlung der Unterstützungen zu übernehmen. Wenn ein Arbeitgeber den 1/3 Anteil nicht entrichtet, ist eine Kürzung der Unterstützung nicht statthaft; die Stadt oder der Distrikt hat für den Ausfall aufzukommen.

Leistungsschwache Städte und Distrikte sollen bei längerer Dauer der Fürsorge aus Mitteln der Kreisgemeinde unterstützt werden. Dies ist insbesondere dann geboten, wenn größere Ausfälle an den Leistungen der Arbeitgeber sich ergeben oder wenn in einzelnen Distrikten nicht der Sitz größerer Textilbetriebe liegt, so daß auf eine Gegenleistung für die auszuwendenden Unterstützungen durch Umlagezahlung der Betriebe nicht zu rechnen ist.

3. Unterstützungen.

1. Die Unterstützung soll zustehen jedem Textilarbeiter, der nach dem 12. August 1915 durch Betriebs-einstellung arbeitslos geworden ist oder durch Kürzung der Arbeitszeit in den Betrieben eine Lohnminderung erleidet.

Die Unterstützung wird ausbezahlt, solange der Arbeiter nicht anderweitig Beschäftigung gefunden hat, sie wird eingezogen, wenn er ohne genügenden Rechtfertigungsgrund die Uebernahme einer anderen Beschäftigung abgelehnt hat.

Wenn Arbeiter an beschäftigungsfreien Tagen vortübergehend Gelegenheitsarbeit verrichten, soll der hierfür erzielte Lohn auf die Unterstützung nicht angerechnet werden.

Ein regelmäßiger Meldezwang der Beschäftigten-losen Arbeiter wird nicht für nötig erachtet. Die Familienunterstützungen und sonstigen Kriegsbeihilfen haben bei der Berechnung der Unterstützung außer Betracht zu bleiben. Wenn Textilarbeiter zum Heeresdienst eingezogen wurden bzw. waren, als nicht diensttauglich wieder entlassen werden und keine Arbeit zu finden vermögen, ist ihnen von der Stadtgemeinde oder dem Distrikte die Erwerbslosenunterstützung zu gewähren.

2. Die Unterstützungssätze für jeden vollen Tag Lohnausfall werden gleichmäßig für alle oberfränkischen Betriebe festgesetzt wie folgt:

- a) für Kinder unter 14 Jahren . . . . . 0,60 Mk.
- b) für Jugendliche von 14—16 Jahren . . . . . 1,— "
- c) für männliche und weibliche Beschäftigte von 16—21 Jahren . . . . . 1,35 "
- d) für ledige Frauen über 21 Jahre und ledige Männer von 21—30 Jahren . . . . . 1,65 "
- e) für verheiratete Frauen über 21 Jahre und ledige Männer über 30 Jahre . . . . . 1,95 "
- f) für verheiratete Männer . . . . . 2,10 "

Wenn zwei Eheleute in Arbeit stehen, so kommt der Satz für Verheiratete bei dem Manne in Anrechnung, bei der Frau wird aber nur der Satz für ledige Frauen über 21 Jahre (1,65 Mk.) gewährt.

Bei Kürzung der Arbeitszeit wird die Unterstützung so bemessen, daß der Arbeiter für die ausgefallene Arbeitszeit eine den vorstehenden Sätzen entsprechende Unterstützung erhält; Unterstützung wird also auch dann gewährt, und zwar für einen vollen Tag, wenn die Betriebe an den ersten fünf Tagen regelmäßig arbeiten, am Samstag aber aussetzen.

3. Streitigkeiten, die sich über den Anspruch auf Unterstützung und über die Höhe derselben ergeben, werden von gemischten Kommissionen entschieden, die bei den Stadt- und Bezirksämtern gebildet werden. Die Kommissionen bestehen aus einem städtischen oder staatlichen Verwaltungsbeamten und je einem von der Behörde berufenen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; sie entscheiden endgültig.

4. Die Krankenversicherung der Arbeiter soll in der bisherigen Weise und in den bisherigen Kassenleitungen aufrechterhalten werden. Die Arbeitgeber entrichten die auf sie entfallenden Beitragsanteile auch für diejenigen Wochen, in denen die Betriebe ganz still stehen und die Arbeiter keinen Lohn und nur Unterstützung beziehen.

4. Verfahren bei Feststellung und Auszahlung der Unterstützungen und bei Deckung des Aufwandes für die Unterstützungen.

Die Unterstützung wird von der Firma berechnet und mit etwaigen Lohnbeizügen an die Arbeiter bezahlt. Für richtige Berechnung haftet sie gegenüber den Gemeinden und dem Distrikte; sie räumt dem Stadt- und Bezirks- amte das Recht ein, in die Lohnbücher jederzeit Einsicht zu nehmen.

Die Firma stellt den gesamten Monatsaufwand für Erwerbslosenfürsorge, ausgeteilt nach Stadt- und Distriktsbezirken, zusammen und legt die Zusammenstellung mit der Bestätigung der Richtigkeit dem Stadt- und Bezirks-

bezirksamte bis spätestens dem siebenten Tag des kommenden Monats vor.

Diese Behörden veranlassen sodann die Flüssigmachung der auf Reich und Staat treffenden Anteile und übersenden 2/3 Zuschuß des Reiches und Staates und den eigenen 1/3 Anteil der Gemeinde oder des Distriktes an die Firma.

Wenn die Auszahlung der Unterstützung von der Firma nicht besorgt werden soll, hat die Firma ein Verzeichnis ihrer Arbeiter unter Angabe der Grundlohngröße dem Stadt- und Bezirksamte einzuwenden, ferner hat sie allwöchentlich diesen Behörden die Dauer der Arbeitszeit und den von jedem Arbeiter verdienten Lohn mitzuteilen. Der 1/3 Anteil des Arbeitgebers wird in diesem Falle von der Behörde allmonatlich eingehoben.

Entwurf zu Bestimmungen über die Einrichtung einer städtischen Kriegs- und Erwerbslosenfürsorge für erwerbslose Textilarbeiter in Augsburg.

§ 1. Die Stadtgemeinde richtet gemeinsam mit den Betrieben der Textilindustrie in Augsburg eine Kriegs- und Erwerbslosenfürsorge für erwerbslose Textilarbeiter ein.

§ 2. Die Fürsorge erstreckt sich auf die infolge des Krieges ganz oder teilweise erwerbslos gewordenen vom 12. August ab in den Betrieben der Textilindustrie in Augsburg Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Augsburg oder dessen Vorortgemeinden wohnen.

§ 3. Als Erwerbslosigkeit gilt der in den Betrieben der Textilindustrie durch den Krieg und nicht durch Arbeitsunfähigkeit oder eigenes Verschulden verursachte Mangel an Arbeit und Verdienst. Die Aufgabe des Beschäftigtenverhältnisses durch den Arbeitnehmer ist im Zweifel als freiwillig anzusehen. Gegen diese Vermutung ist der Gegenbeweis zulässig.

§ 4. Die in Fürsorge Stehenden sind verpflichtet, jede Arbeit, auch außerhalb des Berufes und des Wohnortes sowie zu gekürzter Arbeitszeit anzunehmen, sofern angemessener Lohn angeboten wird; der Lohn muß in der Regel dem für die zu übernehmende Arbeit geltenden Orts- oder bei Mangel eines solchen, dem Orts- Lohn entsprechen. Nachgewiesene Arbeit braucht nur dann nicht angenommen zu werden, wenn sie die Gesundheit oder die Berufstauglichkeit schädigt oder wenn die Reisekosten zum Verdienst außer Verhältnis stehen, von Verheirateten endlich, wenn die Entfernung des Arbeitsortes eine im Einzelfall dringliche besondere Sorge für die Familie unanmöglich macht. Erwerbslose, die die Annahme von hiernach geeigneter Arbeit verweigern, werden von der Fürsorge ausgeschlossen. Bei der Arbeitszuweisung ist auf volkswirtschaftliche Bedürfnisse und tunlichst auf den bisherigen Beruf Rücksicht zu nehmen; insbesondere sind Erwerbslose, die früher zu land- und forstwirtschaftlicher Arbeit verwendet waren und hierzu noch tauglich sind, soweit irgendmöglich land- und forstwirtschaftlicher Arbeit zuzuwenden; daneben ist besonders bei Jugendlichen das Erlernen in einer geeigneten Beschäftigung sowie überhaupt geordnete Tätigkeit, sei es auch als Kurzarbeit, nachdrücklich zu fördern.

§ 5. Die Unterstützten haben sich bei Eintritt voller Beschäftigungstätigkeit täglich, auf Anordnung mehrmals täglich, bei den Zahlstellen zu melden und die geforderten Auskünfte zu erteilen. Bei Zuwiderhandlungen kann die Unterstützung ganz oder teilweise entzogen werden.

Im Falle der Notwendigkeit ist die Anordnung der Meldepflicht auch bei beschränkter Erwerbslosigkeit möglich.

§ 6. I. Die Leistungen der Fürsorge betragen für die Stunde Lohnausfall

bei einem Alter unter 14 Jahren	6 Pf.
von 14 bis 16 Jahren für männliche	10 "
" " " " " weibliche	10 "
" " " " " männliche	17 "
" " " " " weibliche	18 "
über 21 Jahre, männlich, ledig	20 "
" " " " " verheiratet	24 "
" " " " " weiblich, ledig	15 "
" " " " " verheiratet	18 "
als Zuschlag für Kinder unter 16 Jahren ohne eigenen Verdienst oder eigene Unterstützung	2 "

II. Steht der Ehemann in vollem Verdienst, so erhält nur die ganz oder teilweise erwerbslose Frau für sich die Fürsorgeleistung nach dem Satz der Ehefrau ohne Kinder.

III. Bei Erhöhungen des Verdienstes infolge Eintrittes in eine höhere Verdienstklasse während des Krieges werden die Unterstützungen in der Zahltagsperiode entsprechend erhöht, in welcher diese Änderung eintritt.

IV. Bei Frauen, welche die reichsgesetzliche Familienunterstützung beziehen, werden diese Bezüge zu einem Drittel angerechnet.

§ 7. Der Mißbrauch der Fürsorge, insbesondere der Versuch zur Erlangung von Unterstützungen durch unwahre Angaben zieht den Ausschluß aus der Fürsorge nach sich. Weitergegebenen Voraussetzungen kann Strafanzeige erfolgen.

§ 8. Der Vollzug der Fürsorge erfolgt durch einen Arbeitsausschuß, dem vier Vertreter der Textilindustrie, je ein Vertreter der freien, christlichen und kirchlichen Gewerkschaften, sowie der Werkvereine und ein Vertreter des Stadt- und Bezirksamtes angehören. Der Arbeitsausschuß beschließt auch über die Ausdehnung der Meldepflicht. Aus dem Arbeitsausschuß wird ein Beschwerdeausschuß von drei Mitgliedern gebildet. Der Vertreter des Stadt- und Bezirksamtes führt den Vorsitz, Besißer sind je ein Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Arbeitsausschuß nach der Reihenfolge. Der Beschwerdeausschuß entscheidet endgültig.

§ 9. Berechnungs- und Zahlstellen sind die Industriebetriebe für die bei ihnen Beschäftigten Arbeitnehmer.

Die Unterstützung von Kindern, die weder Verdienst noch eigene Unterstützung beziehen, erfolgt im Zweifel durch den Betrieb, in dem der Vater unterstellt wird.

§ 10. Die Betriebe legen die Abrechnungen und Belege mit kurzer Mitteilung über die Lage der Beschäftigung im vergangenen Monat und über die voraussichtliche Beschäftigung im kommenden Monat dem Stadt- und Bezirksamte bis zum 7. des der Abrechnung folgenden Monats vor.

§ 11. Die Stadtverwaltung trägt für die Zeit ein Sechstel des durch die Fürsorge erwachsenden Aufwandes, in der ein Sechstel durch die Industriebetriebe für ihre Arbeiter übernommen wird.

• Diejem Entwurf ist eine längere Begründung beigegeben, aus der wir nur das die Arbeiterchaft Interessierende bekenntgeben.

Es heißt da unter anderem:

Nach den Ausweisen der Krankenkassen zeigen die Ziffern für die Industrie der Maschinen und Apparate die lebhafteste Beschäftigung bei den Männern und die fortgesetzte Heranziehung weiblicher Kräfte. Waren doch am 1. Oktober 1915 813 Frauen in diesem Industriezweig tätig, gegen 266 am 1. Januar 1915, gegen 257 am 1. Oktober 1914 und gegen 238 am 1. Januar 1914. Auch in der Textilindustrie sind die Beschäftigungsziffern vorübergehend noch 1915 höher als im Jahre 1914 gewesen.

Aus diesen Gründen hat auch die städtische Kriegs- und Erwerbslosenfürsorge nach den Bestimmungen vom 12. März 1915 eine geringe Ausdehnung erfahren. Am 30. September standen nur 133 ganz Erwerbslose und 313 Erwerbslose mit eingeschränkter Arbeitszeit in Fürsorge.

Es wird dann auf die Maßnahmen der Heeresverwaltung verwiesen und gesagt:

Durch diese Maßnahmen werden die Beschäftigungsverhältnisse in Augsburg tiefgehend verändert. Denn von 42 179 am 1. Oktober 1915 Beschäftigten gehörten 3524 Männer und 7854 Frauen, insgesamt also 11 378 Arbeitnehmer der Textilindustrie an. Für diese Tausende von Arbeitnehmern ist nunmehr eine beschränkte Erwerbstätigkeit eingetreten, die sich weiter auszudehnen und unter Umständen zur Beschäftigungslosigkeit zu führen droht. Damit sind für Augsburg die ernststen Erscheinungen des Wirtschaftskrieges erst jetzt hervorgetreten.

Die sozialen, hygienischen und sittlichen Wirkungen der Erwerbslosigkeit in dieser Ausdehnung und deren Rückwirkung auf die Gesellschaft bedürfen nicht der Hervorhebung im einzelnen. . . .

Der Kreis der Fürsorge erstreckt sich auf alle in der Augsburger Textilindustrie Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Augsburg oder dessen Vorortgemeinden wohnen, in der Erwartung, daß die Landesversicherung Schwaben auch von diesem Aufwand der Stadtgemeinde 20 Proz. übernehmen wird. . . .

Aus volksfittlichen Gründen, aus wirtschaftlichen Erwägungen und namentlich aus dem dringenden Bedürfnis des Arbeitsmarktes nach männlichen Arbeitern heraus, ist die Bereitschaft zur Annahme geeigneter und entsprechend gelohnter Arbeit als Voraussetzung der Unterstützungen erklärt worden. Dabei wurde insbesondere berücksichtigt, daß ein Teil der Arbeiterchaft aus den Augsburg umgebenden Landbezirken stammt, mit landwirtschaftlicher Arbeit vertraut ist und im Frühjahr dem Bedarf der Landwirtschaft nach Arbeitskräften abzuhelfen vermag.

Ausschlaggebend blieb jedoch die Erwägung, daß die Erhaltung eines gesulten Arbeiterstammes ein Lebensinteresse der Textilindustrie darstellt. Beim Nachweis von Arbeit wird deshalb vor allem darauf zu sehen sein, daß die Berufstauglichkeit keine Schmälerung erfährt. Außerdem kommt vor allem die Beschäftigung am Orte oder in dessen Umgebung in Betracht.

Da die Einschränkung oder Einstellung der Beschäftigung in der Textilindustrie die Folge des Krieges und der durch ihn verursachten behördlichen Maßnahmen ist, bestand Anlaß, auf Festlegung einer Wartezeit für die Unterstützung zu verzichten.

Bei Festlegung der Unterstützungssätze, die in der Fassung des Entwurfes der Augsburger Textilindustrie zum Vorschlag kommen, wurde berücksichtigt, daß sie den Mindestbedarf des Lebensunterhaltes während der Erwerbslosigkeit im Krieges gewähren sollen und daß sie technisch, beweglich genug sind, um sich den Veränderungen der Arbeitszeit anzuschließen. Der Höhe nach sind diese Sätze die höchsten Leistungen, die je, soweit bekannt, als Entschädigung für entgangenen Erwerb in der Arbeitslosenunterstützung oder in der Arbeitslosenversicherung vorgesehen worden sind. Sie haben aber den Zweck, einer Kriegsnot als Massenercheinung zu steuern und Tausende von Familien während des Krieges durchzuhalten. Bei dem voranschreitlichen Wechsel der Beschäftigungsverhältnisse sind die Sätze als Stundenätze gewählt, so daß für einen Tag vollen Lohnausfall der zehnfache Betrag des Stundenatzes gewährt wird.

Da die Unterstützungssätze an sich den Mindestbedarf gewährleisten, wurde es in der Besprechung im Kgl. Staatsministerium des Innern als billig bezeichnet, die Mindestleistungen der Familienunterstützung nur halb anzurechnen, um so diejenigen Angehörigen von Kriegsteilnehmern besser zu stellen, die der Arbeit nachgingen. Im Einvernehmen mit der Textilindustrie wird für Augsburg darüber hinausgehend vorgeschlagen, die reichsgesetzliche Familienunterstützung nur zu einem Drittel in Anrechnung zu bringen und von einer Anrechnung anderer Kriegsunterstützungen ganz abzusehen.

Bei den Unterstützungen wird auch der Eintritt in eine höhere Verdienstklasse berücksichtigt.

Als Bemessungsgrundlage der Unterstützungen gilt der Unterschied zwischen den Arbeitsstunden, in welchen bei regelmäßiger Beschäftigungszeit gearbeitet worden wäre und der tatsächlichen Arbeitszeit.

Aus den Besprechungen bei der Kgl. Regierung ging auch die Annahme des Grundgedankes hervor, daß die Krankenkassenbeiträge durch die Betriebe und die Arbeitnehmer fortgezahlt werden.

Bermischtes.

Wie man sich bereichert. Eine große Fleischwarenhandlung in Darmstadt hat vor einigen Wochen große Mengen schwedischer Schmalwurst gekauft. Der erste Käufer bezahlte sie mit 2,40 Mk. das Kilo. Drei andere Wiederverkäufer haben sie einer nach dem anderen mit 2,60 Mk., 2,90 Mk. und 3,30 Mk. bezahlt. Der letzte Käufer hat die Wurst dem erwähnten Geschäft geliefert — für 3,80 Mk. Dieses hat sie dem Konjumenten für 4,70 Mk. verkauft. Der Zwischenhandel allein hat die Wurst um 1,40 Mk. verteuert. Die gesamte Preiserhöhung vom ersten Käufer zum Verbraucher betrug 2,30 Mk., also nahezu 100 Proz.